



Die Europäische Union und ihr Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Dr. Peter Roell

April 2016

Zusammenfassung

Ausgehend von konkreten Terroranschlägen in der Europäischen Union, aber auch außerhalb des Territoriums der EU, wird die Bedrohungslage seitens des sogenannten „Islamischen Staates“ dargestellt. In einem weiteren Schritt wird auf die Strategien und Institutionen der EU zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus eingegangen. Abschließend werden einige Trends im internationalen Terrorismus aufgezeigt.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Vorbemerkung

Sehr verehrte Frau Professor Zhou, sehr geehrter Herr Botschafter Mei, sehr geehrter Herr Professor Huang, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sehr gerne erinnere ich mich noch an den 27. September 2011, als unser Team – Herr Generalleutnant a. D. Dr. Olshausen, Herr Oberst a.D. Thiele und ich – an der Konferenz “Internationale Sicherheitsarchitektur – Europäische und Chinesische Perspektiven” teilnehmen durften.

Mein Dank gilt deshalb heute dem Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer Stiftung in Peking, Herrn Thomas Awe, sowie dem Institut für Europa-Studien der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) für die Einladung in die chinesische Hauptstadt.

Vor fünf Jahren hatte ich bereits zum Thema *Die Europäische Union und ihr Kampf gegen den internationalen Terrorismus* referiert. In meinem heutigen Vortrag möchte ich zunächst auf die aktuelle terroristische Bedrohungslage in der Europäischen Union eingehen, hier insbesondere auf die Bedrohungen seitens des sogenannten “Islamischen Staates”.

In einem weiteren Schritt folgen dann Ausführungen zu strategischen Abwehrmaßnahmen seitens der EU im Rahmen der Terrorismusbekämpfung sowie zusammenfassend einige Bemerkungen zu Trends im internationalen Terrorismus. Auf Bitten der Veranstalter werde ich in der Diskussionsrunde noch auf drei Fragen eingehen.

1. Inwieweit gefährdet der sogenannte „Islamische Staat“ al-Qaida oder andere Terrorgruppen die „Seidenstraßen- Initiative“?
2. Wie können China und Europa kooperieren, um der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus noch besser begegnen zu können?
3. Auf welche Weise kann die EU dazu beitragen, die Spannungen im Ost- und Südchinesischen Meer zu reduzieren?

Die Bedrohungslage

Ehe ich auf konkrete Terroranschläge eingehe, gestatten Sie mir einige Ausführungen zur terroristischen Bedrohungslage, so wie sie der deutsche Auslandsnachrichtendienst – der Bundesnachrichtendienst – sieht.

Basierend auf Angaben aus Regierungskreisen weist der Journalist Georg Mascolo in einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 7. Januar 2016 mit dem Titel *BND: Gefahr durch Islamisten größer als je zuvor* darauf hin, dass die Lage für die westliche Staatengemeinschaft heute ungleich gefährlicher sei als 2001, im Jahr der Anschläge in New York und Washington. Der sogenannte „Islamische Staat“, aber auch al-Qaida, beherrschen heute mehr Raum als jemals zuvor. Zudem sei die Zone der Instabilität vom Hindukusch in die unmittelbare Nachbarschaft Europas vorgerückt. Die Zahl der Terrorfreiwilligen aus dem Westen überschreite alle bisher bekannten Dimensionen.



Ferner heißt es, dass der „IS“ inzwischen in 30 Ländern präsent sei und vitales Interesse an *failed states* habe. Er suche, wie zuvor schon al-Qaida, den direkten Kampf mit dem Westen. Gezielt trage er nun den Kampf mittels Anschlägen in Staaten, von denen er sich angegriffen sehe.

Aufgrund der Ideologie des „IS“ dürfe man allerdings nicht darauf hoffen, dass dieser auch bei militärischen und machtpolitischen Rückschlägen seinen Kampf gegen den Westen aufgeben werde. Langfristig, so der BND, werde man den „IS“ nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln besiegen können, vielmehr müsse man der dschihadistischen Ideologie den Boden entziehen.

Auch nach Einschätzung der Polizeibehörde Europol ist die Terrorgefahr in Europa so groß wie seit zehn Jahren nicht mehr. Der Leiter der Behörde, Rob Wainwright, geht davon aus, dass mindestens 5.000 Europäer durch den sogenannten „Islamischen Staat“ radikalisiert worden sind und Kampferfahrung in Syrien und im Irak gesammelt haben. Zahlreiche Europäer seien bereits in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Die Tatsache, dass die islamistische terroristische Bedrohung Europa erreicht hat, lässt sich gut an folgenden Beispielen demonstrieren:

Am 24. Mai 2014 eröffnete ein Attentäter im Jüdischen Museum in Brüssel das Feuer und ermordete vier Menschen; drei kamen sofort ums Leben, die vierte Person wurde ins Krankenhaus gebracht und erlag am 6. Juni ihren schweren Verletzungen.

Im Zusammenhang mit dem erwähnten Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel verhafteten französische Sicherheitskräfte am 30. Mai 2014 den 29-jährigen Mehdi Nemmouche. Er ist französischer Staatsbürger, in Algerien geboren. Vermutlich verbrachte er über ein Jahr in Syrien und unterhielt dort Kontakte zu radikalen Islamisten. Sichergestellt wurden eine Kalaschnikow, ein Revolver, etwa 350 Schuss Munition für jede Waffe, Waffenteile, Kameras, Kleidung und eine Gasmasken. Am 29. Juli 2014 wurde Nemmouche an die belgischen Behörden überstellt. Seine Untersuchungshaft wurde im Januar 2016 um 3 Monate verlängert.

Am 7. Januar 2015 drangen die Brüder Said und Chérif Kouachi in die Büroräume der französischen Satirezeitung *Charlie Hebdo* in Paris ein. Bewaffnet mit Sturmgewehren und anderen Waffen töteten sie elf Menschen und verletzen im Gebäude elf weitere. Beim Verlassen des Gebäudes erschossen sie außerdem einen französischen Polizisten. Beide Attentäter bezeichneten sich selbst als Angehörige der islamistischen al-Qaida Gruppe im Jemen, die die Verantwortung für den Anschlag übernahm.

Am 9. Januar 2015 lokalisierte die französische Polizei die Kouachi Brüder in einem Gebäude etwa elf Kilometer vom Pariser Flughafen Charles-de-Gaulle entfernt. Als die Brüder aus dem Gebäude stürmten und dabei das Feuer auf die Polizei eröffneten, wurden sie von Spezialkräften erschossen.

Weitere Terrorangriffe, die im Zusammenhang mit dem Angriff der Kouachi Brüder standen, fanden am 8. und 9. Januar 2015 statt. Der Terrorist Amedy Coulibali, Mitglied einer jihadistischen Terrorgruppe, der mit den Kouachi Brüdern in Kontakt stand, tötete fünf Menschen – eine Polizistin und vier jüdische Bürger in einem Supermarkt in Paris – und verwundete elf Personen. Am 9. Januar 2016 wurde er von der Polizei erschossen.

Am 15. Januar 2015 führte die belgische Polizei eine Razzia in Verviers durch. Die Razzia war Teil einer Anti-Terror-Operation gegen radikale Islamisten. Bei heftigen Gefechten erschoss die Polizei zwei Verdächtige, ein dritter wurde schwer verwundet.

Am 14. und 15. Februar 2015 kam es zu Schusswechseln in Kopenhagen, Dänemark. Beim ersten Angriff auf ein Kulturzentrum tötete der Attentäter einen Zivilisten. Drei Polizeioffiziere wurden verwundet.



Beim zweiten Angriff außerhalb der großen Synagoge in Krystalgade tötete der Schütze einen jüdischen Wachmann und verwundete zwei Polizeioffiziere. Der vermutliche Täter, Omar Abdel Hamid El-Hussein, wurde, als er das Feuer auf die Polizei eröffnete, von dieser erschossen.

Der 22-jährige Sohn jordanisch-palästinensischer Eltern, geboren und aufgewachsen in Kopenhagen, war den Sicherheits- und Nachrichtendiensten gut bekannt. Vermutlich wurde er aber nicht permanent observiert.

Ein weiteres Beispiel, das die Bedrohungslage widerspiegelt, ist der spektakuläre Angriff auf einen Thalys Hochgeschwindigkeitszug am 21. August 2015. Der Zug war auf dem Wege von Amsterdam nach Paris, als der Attentäter Ayoub El Khazzani in einem Wagen das Feuer eröffnete, bevor er von einigen Passagieren überwältigt werden konnte. Vier Personen, einschließlich des Attentäters, wurden verletzt. Todesopfer waren nicht zu beklagen.

Verheerende Terroranschläge fanden am 13. November 2015 in Paris statt. Sie richteten sich gegen die Besucher eines Rockkonzertes im Bataclan Theater, gegen Gäste zahlreicher Bars, Cafés und Restaurants sowie gegen die Zuschauer eines Fußballspiels im Stade de France.

Bei den Anschlägen wurden 130 Personen getötet und 352 verletzt, davon 92 schwer. Außerdem starben sieben der Attentäter. Zu den Attentaten bekannte sich der "Islamische Staat". Am 17. November 2015 beantragte Frankreich als erstes Land in der Geschichte der EU den Beistand der anderen EU Staaten gemäß Artikel 42, Absatz 7 des EU-Vertrages.

Chinas Staatspräsident Xi Jinping verurteilte die Anschläge in Paris auf das Schärfste und bezeichnete diese als "barbarische Terrorakte". Und aus dem chinesischen Außenministerium verlautete, dass China Frankreich ausdrücklich im Kampf gegen den Terror unterstützen werde.

Das koordinierte Vorgehen der gut ausgebildeten Attentäter lässt eine neue Variante des Terrorismus erkennen. Zusätzlich zu Einzeltätern muss künftig auch mit Attentäter-Teams gerechnet werden, die nicht nur regional, sondern auch global operieren können.

Vier Monate nach den Anschlägen in Paris gelang es der belgischen Polizei bei einer Razzia in Brüssel am Freitag, den 18. März 2016, den Drahtzieher und mutmaßlichen Hauptverdächtigen, Salah Abdeslam, zu verhaften.

Am 22. März 2016 erfolgten Sprengstoffanschläge am Flughafen Brüssel-Zaventem und ein weiterer auf die U-Bahn Station Maelbeek im EU-Viertel. Bei den Attentätern in der Abflughalle des Flughafens handelt es sich um Ibrahim Bakhraoui und Najim Laachraoui; beim Anschlag auf die U-Bahn Station wurde als Attentäter Khalid El Bakhraoui, der Bruder von Ibrahim El Bakhraoui, identifiziert. Wie die Staatsanwaltschaft am 29. März 2016 in Brüssel erklärte, kamen bei den Anschlägen 32 Personen ums Leben, über 300 wurden verletzt. Nicht mit eingerechnet sind die drei Selbstmordattentäter.

Wie die föderale Staatsanwaltschaft bestätigte, wurde am 8. April 2016 Mohamed Abrini, einer der Hauptverdächtigen der Anschläge in Brüssel, verhaftet. Der „Mann mit dem Hut“ gestand, am Tatort – dem Flughafen Brüssel – zugegen gewesen zu sein. Er soll auch logistische Unterstützung bei den verheerenden Anschlägen in Paris am 13. November 2015 geleistet haben. Ferner wurden vier weitere Terrorverdächtige festgenommen, darunter der gebürtige Schwede Osama Kayem.



Europäische Staatsbürger, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehören aber auch außerhalb des Territoriums der Europäischen Union zu den Anschlagzielen islamistischer Terroristen, und ich möchte Ihnen hierfür einige Beispiele geben:

Am 18. März 2015 griffen drei Terroristen das Bardo Museum im Stadtzentrum von Tunis an und töteten 21 Menschen, einschließlich 18 ausländischer Touristen aus sechs europäischen Ländern sowie aus Japan, Russland und Australien. Eine Tunesierin und ein tunesischer Soldat wurden ebenfalls getötet. Zwei der Attentäter wurden von der Polizei erschossen, der dritte Verdächtige wurde am 20. Mai von der italienischen Polizei in Mailand verhaftet. Der sogenannte "Islamische Staat" bekannte sich zu dem Attentat.

Eine Massenschießerei ereignete sich ferner am 26. Juni 2015 am Strand vor einem Hotelresort etwa zehn Kilometer nördlich der Stadt Sousse. 38 Personen, in der Mehrzahl westliche Touristen aus Großbritannien, wurden von einem bewaffneten Attentäter erschossen, weitere 40 verwundet. Bei einem Schusswechsel mit der Polizei wurde der Terrorist getötet. Auch zu diesem Attentat bekannte sich der "Islamische Staat".

Bei einem schweren Terroranschlag am 12. Januar 2016 in Istanbul kamen elf deutsche Touristen ums Leben. Ein Selbstmordattentäter hatte sich unter eine deutsche Touristengruppe auf dem belebten Platz zwischen der Hagia Sophia und der Blauen Moschee gemischt und sich dann in die Luft gesprengt.

Nach türkischen Regierungsangaben handele es sich um Nabil Fadli, der 1988 in Saudi Arabien geboren sei. Kurz vor dem Anschlag habe er sich am 5. Januar 2016, von Syrien kommend, in Istanbul als Flüchtling registrieren lassen. Aufgrund seiner Fingerabdrücke und eines gefundenen Passes habe man ihn identifizieren können.

Und als ich am 14. März an meinem Vortrag arbeitete, ging bei mir eine Pressemeldung des Auswärtigen Amtes ein, in der sich der deutsche Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier zu den am 13. März in der Türkei und in der Elfenbeinküste erfolgten Terroranschläge äußerte. Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 15. März berichtete, wurden bei einem Terrorangriff auf den Urlaubsort Grand Bassam in der Elfenbeinküste 15 Zivilisten, unter ihnen auch die deutsche Leiterin des Goethe-Instituts in der Elfenbeinküste, sowie drei Polizisten und drei Angreifer, getötet. Weitere 33 Personen wurden verletzt. Zum Angriff bekannte sich die Terrororganisation al-Qaeda im Islamischen Magreb (Aqmi).

Die Worte des deutschen Außenministers "Die Anschläge zeigen erneut, dass der Kampf gegen den Terror eine gemeinsame Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist. Nur mit dem beharrlichen und langfristig angelegten Engagement aller wird es gelingen, dem Terror und seinen brutalen Apologeten die Grundlage zu entziehen". Seine Feststellungen bieten eine gute Überleitung zu meinen nächsten Ausführungen über die strategischen Gegenmaßnahmen der Europäischen Union im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Strategien der EU zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus

Nach den Terrorangriffen in Paris am 7. Januar 2015 stimmten die EU- Außenminister folgenden Maßnahmen zu:

- Verbesserung des nachrichtendienstlichen Informationsaustausches mit Partnern;
- Verstärkung der Kooperation mit Staaten im arabischen und im Mittelmeerraum;
- Erhöhung der Anstrengungen zur Bewältigung von offenen Konflikten und Krisen.



Am 16. März 2015 beschlossen die Außenminister eine regionale Strategie für Syrien und den Irak sowie zur Bekämpfung des "Islamischen Staates".

Fast ein Jahr später, nach den schrecklichen Terroranschlägen im März 2016 in Brüssel, erhoben die EU-Innenminister auf einer außerordentlichen Konferenz am 24. März 2016 folgende Forderungen:

1. Verabschiedung der Richtlinien zur Fluggastdatenspeicherung durch das EU-Parlament noch im April;
2. Umsetzung bereits vereinbarter Vorhaben zur Terrorismusbekämpfung (Kontrollen an EU Außengrenzen, Terrorismusfinanzierung, Waffenbesitz);
3. Zusammenführung von Datenbanken über Reisen und Migration in die EU sowie über sicherheitsrelevante Informationen (Ein- und Ausreiseregister);
4. Bessere Maßnahmen zur Vorbeugung von Radikalisierung;
5. Intensivere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Sicherheitsbehörden.

Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung kommt dem Intelligence Analysis Centre (INTCEN) der Europäischen Union besondere Bedeutung zu. Nach Berichten deutscher Nachrichtendienste – mit Sachstand 2015 – schlossen sich mehr als 3.000 Europäer den IS-Kräften in Syrien und im Irak an: 1.200 aus Frankreich, etwa 300 bis 400 aus Belgien und 700 aus Großbritannien. Seit 2012 reisten 740 Islamisten von Deutschland nach Syrien und in den Irak. Von diesen wurden 120 getötet und 180 kehrten nach Deutschland zurück, viele traumatisiert und mit psychologischen Problemen. Andere erhielten eine gute militärische Ausbildung und verfügen über Kampferfahrung.

Seit Januar 2011 ist das Analysezentrum der EU Teil des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS – European External Action Service) und der Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ehemals italienische Außenministerin, unterstellt.

Wie Sie dieser Folie entnehmen können, verfügt das EU INTCEN über zwei Abteilungen:

- Die Abteilung Analyse erstellt strategische Analysen, basierend auf Informationen, die von den In- und Auslandsdiensten der EU- Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden.
- Die Abteilung Allgemeine Verwaltung und Außenbeziehungen fokussiert sich auf alle rechtlichen und administrativen Fragen, auf Informationstechnologie (IT) sowie auf interne und externe Kommunikation. Das Büro "Offene Informationsgewinnung" erstellt Analysen basierend auf "Open Sources" (OSINT).

Über 70 Mitarbeiter analysieren und beobachten rund um die Uhr weltweit politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklungen und analysieren übergeordnete Themenfelder. Neuer Direktor des INTCEN ist seit Jahresbeginn 2016 der Deutsche Gerhard Conrad.

In diesem Spektrum sind auch OSINT und strategische Informationen zum internationalen Terrorismus für Entscheidungsträger in der EU unverzichtbar und von Bedeutung.

Das EU INTCEN unterhält ferner Verbindung zu EUROPOL, der europäischen Polizeibehörde mit Sitz in Den Haag. Nach den Anschlägen in Paris am 13. November letzten Jahres wurde in dieser Behörde ein neues Europol-Anti-Terror-Zentrum eingerichtet. In diesem Zentrum werden vorerst 40 bis 50 Experten arbeiten. Sie sollen vor allen Dingen den Informationsfluss zwischen den EU-Mitgliedstaaten verbessern.



Weitere Kontakte bestehen zum European Union Satellite Centre (EUSC) in Torejón bei Madrid. Seit 1. Januar 2010 ist das EUSC eine Agentur der EU. Satellitenbilder helfen der EU, Entwicklungen in Konfliktregionen besser analysieren und humanitäre Hilfe leisten zu können.

Das INTCEN unterhält außerdem Kontakte zu EUROJUST, der Justizbehörde der EU mit Sitz in Den Haag, zu ENISA, der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit mit Sitz in Heraklion auf Kreta, zum Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS) in Paris sowie zu den Außenministerien der EU-Mitgliedstaaten.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch noch den EU-Terrorismus-Koordinator Gilles de Kerchove. Er ist seit 2007 Anti-Terror-Koordinator der EU. Zu seinen Aufgaben gehört die Überwachung der Anti-Terror-Strategie, die Verbesserung der Kommunikation zwischen einzelnen Organen der Union, die in der Terrorarbeit involviert sind sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen EU und Drittländern in der Terrorismusabwehr.

Sehr verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen:

1. Die Sicherheitsgefährdung in der EU wird weiter zunehmen, insbesondere für EU Staatsbürger in Konfliktregionen.
2. In Syrien und im Irak ist der sogenannte "Islamische Staat" keineswegs geschlagen. Es ist deshalb zu erwarten, dass er fortfahren wird, westliche Geiseln hinzurichten oder für Erpressungen zu nutzen.
3. Der „IS“ und mit ihm verbundene al-Qaida Gruppen werden ihre Fähigkeiten und Ressourcen auch in den kommenden Jahren einsetzen, um Terrorangriffe gegen die EU und den Westen durchzuführen.
4. Die Tendenz, dass sich radikalisierte Islamisten in ihren Heimatländern zusammenschließen, um Terrorangriffe durchzuführen, wird sich unter dem Banner des "globalen Dschihad" fortsetzen.
5. Künftig sind jedoch nicht nur Terrorangriffe von Einzeltätern oder kleinen Gruppen zu erwarten, sondern großangelegte Terroranschläge weltweit.
6. Hoch professionell wird der „IS“ weiterhin in mehreren Sprachen in verschiedenen extremistischen Medien dazu aufrufen, Terrorangriffe gegen die Zivilbevölkerung in ihren Heimatländern durchzuführen. Dies gilt auch für Asien.
7. Schlussfolgerung kann deshalb nur sein, dass die Weltgemeinschaft künftig noch enger zusammenarbeitet, um den internationalen Terrorismus gemeinsam noch besser bekämpfen zu können. Dies gilt sowohl für die EU als auch für die VR China.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Der Vortrag fand anlässlich einer gemeinsamen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem chinesischen Partner, dem Institut für Europa-Studien der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS), am 18. April 2016 in Peking statt.



Über den Autor dieses Beitrags

Seit Januar 2006 ist Dr. Peter Roell Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin. Zuvor war er als Senior Advisor für Außen- und Sicherheitspolitik an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel tätig. In Deutschland leitete Dr. Roell das Referat Asien-Pazifik, Lateinamerika und Afrika (Subsahara) und war an deutschen Botschaften im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien tätig.

Dr. Roell studierte Sinologie und Politische Wissenschaften an den Universitäten in Bonn, Taipei und Heidelberg und promovierte an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg.

Dr. Roell ist Ancien des NATO Defense College in Rom und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin.



Dr. Peter Roell